

# Hallesche Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags, der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Belegkarte 1.40 Goldmark, durch die Post 1.50 Goldmark und 34 Halbpfennig Beleggebühren. Inhalt der Anzeigen-Annahme: jeden Mittwoch.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet: die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus, Neue Promenade 14 und 16, Druck-Verlag: „Gesellschaft Halle/Leipzig“, Bank-Redaktion: Postfach 1010 Halle a. S., Postfach-Konto: Leipzig Nr. 22815, Verlagsort: a. O., Verlagsjahr: Halle a. S.

### Englands Reparationspläne.

London, 22. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Westminster Gazette veröffentlicht heute eine Information ihres diplomatischen Berichterstatters über die Absichten der englischen Regierung bezüglich einer Regelung der Reparationsfrage. Grundforderungen bezüglich einer solchen Regelung seien folgende:

1. die sofortige Klärung des Ruhrgebietes in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht, die Befreiung der Zollstrahlen im Rheinland und Aufgabe jeder Einmischung in die deutsche Industrie durch die Reparationsverträge.
2. Deutschland soll keine Pläne vorlegen, um den Jahresvorschlag in Kraft treten zu lassen, und es soll dem Reichstag die notwendigen Gesetze unterbreiten.

Die Möglichkeit, vorläufig eine kleine militärische Besetzung im Ruhrgebiet zu belassen, kann Gegenstand eines Kompromisses sein, aber die Bedingungen müssen unbedingt Deutschland wieder ausgeglichen werden. Seit einmal eine Übereinstimmung über die Reparationsfrage erreicht, so sei England bereit, als nächstes Schritt auf einer internationalen Konferenz die Sicherheitsfrage, die internationalen Schulden und die Festsicherung einer Gewähr der deutschen Reparationsleistungen zu erörtern. Eine solche Konferenz müsse unter Teilnahme der Vereinigten Staaten und Russlands abgehalten werden. Die Sicherheitsfrage solle für Frankreich und ganz Europa sehr wohl unter irgendeiner vom Völkerbund auszuführenden Projekt gelöst werden.

### Mafnahmen gegen den Frankenzug

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Paris, 22. Mai. (Radiotelegramm.) Poincaré hatte im Einverständnis eine Unterredung mit Finanzminister Marial über die von der Regierung beabsichtigten Maßnahmen gegen den Frankenzug. Der Besprechung wohnten bei Präsident Millerand und die Führer der neuen Kammermehrheit Herriot und Painlevé. Poincaré und Herriot gaben der Überzeugung Ausdruck, daß ein strenger Ausgleich des französischen Budgets für jede Regierung, wie sie sich auch zusammenetze, geboten sei.

Nach dem „Matin“ haben die beiden Führer der neuen Mehrheit, Herriot und Painlevé, erklärt, Finanzminister Marial habe während der Tage, die er noch im Amt bleibt, völlig freie Hand. Wenn es sein muß, könnten der Präsident Millerand und das zur Zeit noch im Amt befindliche Ministerium ermächtigt werden, die nötigen Maßnahmen zu treffen. „Deure“ berichtet, Herriot sei entschlossen, das Kabinett mit den Sozialisten oder ohne sie zu bilden unter dem alleinigen Vorbehalt, daß diese die förmliche Verpflichtung übernehmen, seine Regierung zu unterstützen, und einem vorher aufgestellten Programm zum Erfolg zu verhelfen. 48 Stunden vor dem Zusammentritt des sozialistischen Kongresses am 1. Juni wird der Führer der radikalen Partei den Sozialisten den Wortlaut des Programms mitteilen, das er auf alle Fälle durchzuführen entschlossen sei.

### Englands Luftstoffentzerrung.

London, 22. Mai. (Radiotelegramm.) Im Unterhaus begriündete der Unterstaatssekretär des Luftministeriums einen Gesetzentwurf, durch den eine Preisobergrenze für die Luftstoffsätze aufgestellt wird. Die kurze Debatte verlief praktisch ohne Disposition gegen den Entwurf. Die Preisobergrenze für die Luftstoffsätze soll aus sechs Gasmaschinen mit rund 100 H.P. und 1000 Mann bestehen.

### Lügen der „Daily Mail“.

Selbstverständlich wird gemeinet: Die „Daily Mail“ (Londoner und Pariser Ausgabe) hat heute früh mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe über angebliche deutsche Württemberg mit einem sensationell aufgemachten, an erster Stelle gebundenen Bericht eines „Sonderberichterstatters“ begonnen. In diesem ersten Bericht wird durch eine Reihe von Behauptungen darzulegen versucht, daß Deutschland nicht seinen Verpflichtungen gemäß abtrüben, sondern sich im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrags befindet. Es handelt sich dabei offenbar um „Veröffentlichungen, die von einer an der Militärkontrolle besonders interessierten Stelle veranlaßt werden, um auf die zur Veranlassung kommende Antwort auf die deutsche Militärkontrolle von 1. April Einfluß auszuüben. Die Behauptungen sind zum größten Teil unrichtige Erfindungen oder tendenziöse Entstellungen.

## Die Parteien und die Regierungsfrage.

### Auf dem toten Eis

v. Berpich, 22. Mai. Nach einem von der deutschen nationalen Pressestelle ausgegebenen Bericht hat die deutsche nationale Volkspartei in der gestrigen Besprechung mit den Vertretern der Mittelparteien vorgeschlagen, die Lösung der für die Regierungsbildung bestehenden Schwierigkeiten in der Besetzung der Personengruppen zu suchen und eine zur Führung hervorragend geeignete überparteiliche Persönlichkeiten zu ernennen. Die Verhandlungen darüber hätten eine Wendung genommen, auf Grund deren die deutsche nationale Volkspartei ihre Initiative in dieser Sitzung zunächst eingestrichelt. — Berliner Morgenblätter teilen mit, daß die Fraktion der deutschen nationalen Volkspartei gestern beschlossen hat, die Einladung an die Mittelparteien zwecks neuer Besprechungen, die heute vormittags stattfinden sollten, zurückzuziehen.

Am Mittwoch mittags mußten die Verhandlungen zwischen den Mittelparteien und den deutschen nationalen abgebrochen werden. Die Ursache sollen bestimmte deutsche nationale Forderungen gewesen sein, die von den Mittelparteien abgelehnt wurden. Der Inhalt der Forderungen ist nicht bekannt geworden. Es ist nachzutragen, daß nach der Ablehnung der ersten deutschen nationalen Einladung, die nur an das Zentrum und die Deutsche und Sozialistische Volkspartei gerichtet war, die deutschen nationalen sich entschlossen haben, nach in aller Form die Verhandlungen einzustellen. Inzwischen haben die deutschen nationalen auch mit den deutschen unterhandlungen begonnen, sei es, um auf die Mittelparteien einen Druck auszuüben, sei es, um die teilweise Mitarbeit der Sozialisten an einer Bürgerblockregierung zu verlangen. Die außerpolitische Plattform der Mittelparteien ist inzwischen formuliert worden, dem genauen Inhalt nach aber gleichfalls nicht bekannt.

## Blutige Zusammenstöße im Ruhrgebiet.

### Terror gegen Arbeitswillige.

Einbreiten der Belgier. Einleitend, 22. Mai. Zu den ersten blutigen Zusammenstößen im Ruhrgebiet ist am Dienstagabend auf der Straße „Brücker“ bei Warrigal gekommen. In den Abendstunden hatten sich mehrere hundert Franzosen vor den Zechen eingefunden, um die mit Kohlenarbeitern beschäftigten Angestellten und Beamten zu vertrieben. Die Zusammenstöße haben sich abends gegen 9 Uhr fortgesetzt. Es erschienen etwa 3000 Angehörige und Gewerksleute, darunter auch viele Frauen, denen es gelang, das Zentrum zu sprengen und die Arbeitswilligen von ihren Posten zu vertrieben. Das harte Polizeigeschloß konnte die Menge nicht mehr im Zaume halten, so daß sie von der linken Waffe Kohlen machen mußte. Das Geschloß wurde bis gegen 11 Uhr, worauf die belgische Besatzungsbefehle einstrich und die Zechen besetzt. Sie hatte in kurzer Zeit die Ordnung wieder hergestellt. Bei der Geleitzüge wurden zwei Arbeiter schwer verletzt. Auch sonst sind noch Demonstranten verletzt, wieweil, kann aber nicht gesagt werden, da sie von den Arbeiterkammerräten mitgenommen wurden.

Büdenscheid, 22. Mai. Hier gegen kommunistische Frauen, mit Laternen und Knütteln bewaffnet, zu den Zechenlagern, um die Arbeit zu verhindern. Unter den Frauen sollen sich Männer in Frauenkleidung gefunden haben, die Polizei hielt aber allenfalls die Frauen in Schach. Bochum, 22. Mai. Auf der Zeche „Karl Friedrich“ bei Stiepel erschienen eine Schar Frauen auf dem Zechenplatz, bewaffnet mit Knütteln und verhielten die arbeitenden Beamten und Angestellten aus dem Betriebe zu jagen und das Feuer unter den Köpfen zu führen. Mehrere Männer wurden verletzt. Durch das Fortziehen der Wohnung eines Steigers wurde eine Landmine detoniert.

### Katastrophale Folgen.

Die Folgen des Bergarbeiterstreiks werden im Ruhrgebiet von Tag zu Tag katastrophaler. Neben der gelamten Bergindustrie ist nun auch die Eisenverarbeitende fast vollständig stillgelegt. Es sind gewöhnlich mehr als eine Million Arbeiter im Ruhrgebiet einer Erwerbslosigkeit. Die außerordentliche Beschädigung, die der Kampf durch die

Eine Ministerliste, die am Mittwoch kurzfristig, ermaßen wird nur des persönlichen Interesses halber; die Verhandlungen sind beinahe auf dem toten Punkt, so daß eine Ministerliste die Namen nicht enthält. Was heißt es ebenfalls, daß der Reichsminister der deutschen nationalen Großadmiral von Tirpitz ist, der auch bei den Verhandlungen eine besondere und zwar vermittelnde Rolle gespielt hat. Als Vizekanzler übernahm diese Stelle den bisherigen Reichsminister, als Innenminister den deutschen nationalen Reichsminister, als Ernährungsminister den Bauernführer Herr Dr. Gähler soll nach dieser Liste Reichswehrminister bleiben, ebenso Herr Dr. Gähler Reichsminister. Der Reichsminister für Finanzen und Dr. Gähler Reichsminister. Aber, wie gesagt, handelt es sich dabei um reine Kombinationen.

### Hergt und seine Wähler.

Prof. Glasmund-Weimar tritt in der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 218) als Vorkürser des deutschen nationalen Landesverbandes Thüringen auf. Er verlangt von dem Parteiführer Herr Gähler, daß er die Erfüllung der Forderungen der deutschen nationalen Partei und die Bekämpfung der „böhmischen Sozialisten“ drohend für er sei:

„Wenn Herr Gähler auf dieses erhabene Ziel nicht mit Hinneigen, wenn er den zum Ganses überleben wünschenden Gedanken in den Rahmen enger Parteizwänge knüpfen will, so ist er nicht der Staatsmann im Sinne des Volkes, der das Notwendige erkennt und ausführt, und dann verdient er nicht länger die Führung von Millionen. Ich bin der Überzeugung, daß die deutsche nationale Partei nicht für das Vorgehen eines Unbegreiflichen vorlaufen wollen. Wenn unsere Abgeordneten nichts Besseres wissen, als auf die Reichsregierung zu drücken, so muß die Wählerkraft sich von ihnen lösen, und die deutsche nationale Volkspartei bricht auseinander. Doch ist es Zeit, das Verstehe zu verjagen, aber das Schwere muß bleiben: Verum mit dem Steuer!“

Das wird alles noch viel deutlicher kommen, wenn die deutschen nationalen erst einmal in der Regierung sind ... was wir im Interesse des Ganses für durchaus notwendig halten.

Einbreiten der Metallindustrie erfahren hat, wird binnen kurzem ihre Kräfte zeitigen; die Kommunisten rufen sich um die auf der Straße folgende Arbeiterkraft vor ihren Kameraden zu spannen. Der überaus heftige Wirtschaftskampf ist auf dem besten Wege dazu der Ohnmacht der Gewerkschaften, dank der gefährlichen Propaganda der Kommunisten, in einen politischen Kampf ersten Ranges umzuwandeln. Die Dinge liegen sich jetzt an der Ruhr sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht abspielen, dürfen auch bald ihre Schatten auf das übrige Deutschland werfen.

Mülheim (Ruhr), 22. Mai. (Radiotelegramm.) Die Inflation-Werte geben durch Anstieg bekannt, daß sie infolge von Kohlen-, Koks- und Gasemangel vom 26. Mai ab einen Teil ihrer Verhältnisse zum Teil ganz stilllegen müssen, und in anderen Betrieben nur höchstens gearbeitet werden kann. Die Belegschaft der Inflation-Werte beträgt rund 8000 Mann.

Der Bochumer Verein, dessen Lage sich weiterhin verschlechtert hat, wird sich gezwungen sehen, seinen Betrieb stillzulegen. Dadurch würden 10 000 Arbeiter erwerbslos. Die unproduktive Beschäftigung der Arbeiter ist für das Werk auf die Dauer nicht tragbar, weil dadurch ungeheure Geldmittel verlorengehen.

### Der Spruch der Unparteilichen.

Auf die vom Reichsarbeitsminister vorgelegte Frage: Welche Arbeitszeit galt am 1. Mai 1924 im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau unter Tage, haben die in Reichsarbeitsministerium einberufenen Sachverständigen das folgende Gutachten beschlossen: Am 1. Mai 1924 war die Arbeitszeit in folgender Weise geregelt:

1. Die Normalarbeitszeit betrug 7 Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs.
  2. Zugleich bestand die Verpflichtung zur Erfüllung einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923.
  3. Bei der Schwierigkeit der reiblichen Beureitung ist nicht anzunehmen, daß die Belegung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunden auf ein qualitätvolles verträgliches Maß beschränkt werden konnte.
- Die Sachverständigen werden zu diesem Gutachten eine Begründung ausarbeiten, die der Öffentlichkeit gleichgültig mitgeteilt werden wird.

### Ruhräumung.

Die Taktik der neuen Männer Frankreichs. Der „Daily Herald“ war vor noch garnicht so langer Zeit der Anwalt des Bolschewismus auf englischem Boden; heute ist er das Blatt, das dem Kabinett MacDonald als Sprachrohr dient, und das darüber hinaus gelegentlich sogar mit weitpolitischeren Informationen ersten Ranges aufwarten in der Lage ist. Er bezieht aus Frankreich Tipps über das vermutliche Aussehen des neuen Regierungsbüros. Da ja wahrscheinlich in Frankreich ein halbsozialistisches Kabinett entstehen und sich alsbald mit dem gleichfalls als halbsozialistisch angesehenden britischen Kabinett unterhalten wird. Da aber natürlich eine Minderheitsregierung wie die Labouchères auf Zülfung mit den anderen Parteien des Unterhauses halten muß, geben die kommenden Männer in Frankreich ihre Ansichten und Absichten gelegentlich auch einer konservativen oder liberalen Zeitung zum Besten.

Die „Westminster Gazette“, das parteiunabhängige Blatt der Liberalen, ist in der Lage, Mitteilungen Poincarés über die Reparationsfrage und vor allem über die Frage der Ruhräumung zu bringen, die auch in Deutschland Interesse verdienen. Herr Poincaré, der früher bereits einmal Kriegsminister war, soll auch jetzt wieder favorisierter Kandidat für diesen Posten sein und vielleicht sogar als Nachfolger Poincarés im Außenministerium in Frage kommen. In beiden Fällen würde er dem engeren Ausschuß angehören, welcher die Ruhrbesetzung zu liquidieren hat. Da muß es einiges Bedremmen erregen, wenn dieser dann seinem englischen Befragter gegenüber verfährt, die Frage der Ruhrbesetzung sei ein Problem untergeordneten Ranges.

Die Weisheit dieses Mannes ist etwa die, daß nach dem Ausfall der französischen Waffen die Aufgabe des Ruhrunternehmens grundsätzlich feststehe, und daß man in der Praxis geschickt und behutlich vorgehen müsse, um die Waffe des französischen Volkes nicht zu erschrecken und zu verwirren. Denn immer wieder sei ja durch Herrn Poincaré die Aufrechterhaltung der Strafbesetzung vom 11. Januar 1923 als das wichtigste Lebensinteresse Frankreichs hingestellt worden. Jetzt müsse man dem französischen Volke Zeit lassen, sich an die neue Tabele zu gewöhnen. Poincaré will also anscheinend erst einige Zeit vergehen lassen, ehe er das französisch-belgische Expeditionskorps auf das linke Ufer des Niederrheins zurückzieht und dem gewählten deutschen Kohlen- und Industriegebiet zwischen Düsseldorf und Dortmund die volle Bewegungsfreiheit wiederbergt.

Poincaré hat bekanntlich die Forderung vertreten, daß zwischen den jetzigen Jährländern im Okkupationsgebiet und dem späteren Normalzustand eine Uebergangsstufe eingeschoben werde, und daß eine Forderung der Verhältnismäßigkeit in deutscher Hinsicht so lange unterbleiben müsse, wie Deutschland mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Saarvertragsprogramm noch nicht „entlastet“ habe. Praktisch bedeutet das natürlich eine Veränderung des Sachverhältnisses, der in garnicht mißzuverehender Weise die Wiederanlieferung der Westmark an den deutschen Wirtschaftskörper als die Vorbedingung dafür hinstellt, daß Deutschland die Abtragung seiner Zahlungsverpflichtungen mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen kann.

Bei Herrn Poincaré waren wir uns ja nie im Zweifel darüber, was das eigentliche Ziel seiner Sehnsucht war und stets gewesen ist. Poincaré aber ist ein Mann, der seine Wahl ins Parlament der oppositionellen Haltung verbandt, die er stets gegenüber den Poincarés Zwangsmethoden eingenommen hat. Wenn er jetzt eine Taktik befolgen will, die praktisch auf das gleiche

